

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

EU-Gipfel: Sparen allein reicht nicht

Lambrecht fordert eine Wachstumsstrategie für Europa

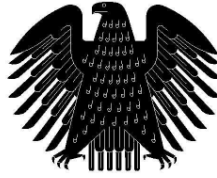
Beschluss zu „Fiskalpakt“ von 25 Staaten der EU

*Berlin /Viernheim, 02. Februar 2012 - Zum EU-Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs vom 30. Januar 2012 erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Bergsträßer Bundestagsabgeordnete **Christine Lambrecht**:*

„Der Vertrag zu einem Fiskalpakt kann die akuten Refinanzierungsprobleme der Euro-Länder nicht lösen. Er zielt eindimensional auf Kürzungen von Staatsausgaben“, so Lambrecht.

In ganz Europa bestehen gegenüber dem Entwurf des Fiskalpaktes erhebliche Vorbehalte.

So haben sämtliche Fraktionen im Europäischen Parlament, CDU-Abgeordnete eingeschlossen, in einer Entschließung deutlich gemacht, dass Haushaltsrestriktionen allein keinen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen werden. Sie fordern einen Schuldentilgungsfonds, um die Refinanzierungskrise wirksam zu bekämpfen, eine im EU-Recht verankerte Finanztransaktionssteuer und bei gleichzeitiger Haushaltsdisziplin einen Fahrplan für Stabilitätsanleihen („Eurobonds“).



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Die SPD hatte bereits im Dezember kritisiert, dass einseitiges und pauschales Sparen in ganz Europa die Rezessionsgefahren verschärft.

„Die Bundesregierung muss sich bewegen. Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Europa“, von der auch Deutschland besonders profitieren würde, so Lambrecht.

„Eine ausschließlich auf Sparen ausgerichtete Politik führt in die Sackgasse. Haushaltsdisziplin ist zwar die Voraussetzung für ein tragfähiges Wachstum, sie allein wird aber weder die Schuldenlast nachhaltig reduzieren, noch einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen. Zwingend notwendig sind wachstumsfördernde Impulse. Vertrauen und Stabilität im Euro-Währungsgebiet sowie die volle Handlungsfähigkeit der Europäischen Union lassen sich mit der bisherigen Politik nur schwer wieder herstellen“, so Lambrecht weiter.